

# **Staatsanwalt** verweigert die Arbeit

ie UBS hat wissentlich, willentlich und mit grosser krimineller Energie US-Gesetze gebrochen. Sie hat es selber zugegeben. Mit Geheimdienst-Methoden wurden Milliarden an den US-Steuerbehörden vorbeigeschmuggelt.

Die UBS musste eine Millionen-Busse bezahlen. Und die offizielle Schweiz gab das Bankgeheimnis faktisch auf, um weiteren Schaden vom Land abzuwenden. Die Schweiz war schon längst eine Geisel der mit Milliarden Volksvermögen geretteten UBS.

**Stellen wir uns** die gleiche Situation im oft als Bananen-Republik gescholtenen Italien vor: längst wären Ermittler in der Bank eingefahren und hätten beschlagnahmt, was sie für ihre Untersuchungen brauchen. Und auch deutsche Staatsanwälte rücken gerne mal mit einer Hundertschaft aus, um Verdächtigen aus dem Finanzindustrie-Milieu auf den Zahn zu fühlen.

Manchmal kommts nach der Untersuchung zur Anklage, manchmal nicht. So funktioniert das in einem Rechtsstaat.

### Der Zürcher Staatsanwaltschaft

ist das alles offensichtlich zu mühsam. Sie mag sich gar nicht erst mit den Milliarden-Vernichtern der UBS beschäftigen. Zu kompliziert könnte es sein, sich mit den aus Boni-Millionen finanzierten Anwälten und PR-Beratern der Manager anzulegen.

# «Gesetze sind Spinnennetze –

die grossen Fliegen durchbrechen sie, die kleinen bleiben hängen», schrieb der französische Schriftsteller Honoré de

# Die Zürcher Staatsanwaltschaft

bestätigt mit ihrer Arbeitsverweigerung den französischen Dichter aus dem 19. Jahrhundert.

Das ist bitter.

# **Börse & Devisen**

SMI	6439.4 (+0.1%) 🕢
DOW JONES	10 452.0 (-0.5%) 🕙
CHF/EURO	1.51 🍣
CHF/USD	1.04 🕢
GOLD	37 492 Fr./kg 🕢
SILBER	580 10 Fr /kg 🛜

# **POLITIKER DES TAGES**



# Die Verantwortlichen des UBS-Desasters we

# asst man am Endedie



# Triumph für Ospel & Co.: Der Staatsanwalt und die neue UBS-Spitze lassen sie in Ruhe.

Von Simon Spengler & Daniel Meier

ehilfenschaft zum massenhaften Steuerbetrug? Geht uns nix an. Beihilfe zur Urkundenfälschung? Bei uns nicht strafbar. Ungetreue Geschäftsbesorgung

mit Milliardenschaden für die Schweiz? Keine Verdachtsmo-

So lautet zusammengefasst der Persilschein, den die Zürcher Staatsanwaltschaft, Abteilung Wirtschaftsdelikte, den Bossen der alten UBS gestern ausgestellt hat. Marcel Ospels Weste ist wieder weiss wie Schnee.

Zumal gestern auch noch die letzte Gefahr abgewendet wurde. Zwar hatte der neue UBS-Chef Oswald Grübel seine Vorgänger immer wieder scharf kritisiert. Doch Taten folgen keine: Zusammen mit UBS-Präsident Kaspar Villiger geht er nun auf Kuschelkurs mit der alten Führung. Und verzichtet auf alle juristischen Schritte.

Die offizielle Begründung: «Rechtsstreitigkeiten und damit einhergehende negative Publizität sind nicht im Interesse der UBS.» Deshalb ziehe der Verwaltungsrat **«einen Schlussstrich** unter die Vergangenheit».

Während sich Ospel in seiner Luxusvilla am Zürichsee ins Fäustchen lachen kann, reibt sich der Rest der Schweiz die Augen. «Das ist schlicht Arbeitsverweigerung der Staatsanwaltschaft», wettert SP-Chef

Christian Levrat, Seine Klage gegen Ospel & Co. ist mit dem Entscheid auch abgeschmettert. Er wirft der Staatsanwaltschaft «Feigheit» vor. Nach der Pleite des Swissair-Prozesses würden sie sich «nur noch an die kleinen Fische wagen».

Dass die UBS-Banker, die für die grösste Finanzkrise seit den 30er-Jahren mitverantwortlich sind, jetzt straffrei ausgehen, ist für Levrat «eine Beleidigung gegenüber denen, die wegen der

# Rechtsprofessor Peter V. Kunz im BLICK-Interview

# **«Dummheit** und die Augen zumachen sind nicht strafbar»

Weder der Staatsanwalt noch die UBS wollten die Ex-Chefs der Bank belangen. Ihre Reaktion? Peter V. Kunz: Als Staatsbürger reagiert man völlig fassungslos und enttäuscht. Das ist eine Reinwaschung. Ich verstehe jeden, der wütend ist. Man hat diese Bank ja mit Steuergeldern retten müssen - und jetzt erfährt man nicht einmal, wer schuld ist. Niemand wird zur Verantwortung gezo-

# Sind Sie überrascht?

unternimmt, kann ich nachvoll- chen rechnen muss?

ziehen. Sie will einen Schlussstrich ziehen und nach vorne schauen. Aber die Staatsanwaltschaft muss ermitteln, sofern Tatbestände vorliegen.

# Der Staatsanwalt hat nicht einmal einen Anfangsverdacht gefunden! Ja, dies scheint zumindest der

Fall zu sein. Aus zwei Gründen: Beim Steuerbetrug in den USA ist kein Schweizer Recht verletzt worden – das ist einfach so. Zweitens war die Beweisführung sehr schwierig.

schon gar nicht: Dass sie nichts wenn er vor Gericht mit Freisprü-

Juristisch gesehen sicher nicht. Im Zweifel muss er sogar anklagen. Aber in der Realität schwingt das bestimmt mit. Gerade die Staatsanwaltschaft Zürich ist nach dem Fall Swissair hart kritisiert worden - weil man Millionen an Steuergelder eingesetzt hat, aber am Ende alle freigesprochen wurden.

### Nochmal: Warum hat der Fall kein juristisches Nachspiel?

Man kann es auf einen Satz reduzieren: Dummheit und Augen zumachen sind nicht strafganz weit oben über die Risiken Es sind ja enorme Schäden ent- waltungsrat, kein Direktor wird

leicht moralisch verwerflich, aber nicht verboten. Und die Milliardenverluste mit US-

# Ramsch-Hypotheken?

Dass der Staatsanwalt darauf nach wie vor nicht eingeht, überrascht mich wirklich. Da müsste man doch Anhaltspunkte für ungetreue Geschäftsbesorgung finden.

### Könnte nicht ein UBS-Aktionär zivilrechtlich vorgehen?

Theoretisch schon. Eine Verantwortlichkeitsklage auf Schadenersatz gegen Ospel & Co. hätte jubar. Wahrscheinlich hat man bis ristisch wohl durchaus Chancen. Ja, das ist eindeutig so. Kein Ver-

Bescheid gewusst. Das ist viel- standen und man hat Pflichten und interne Reglemente verletzt, wie die UBS selber einräumt. Zudem reden wir von den alten UBS-Verwaltungsräten, also von Leuten wie Ernesto Bertarelli oder Peter Spuhler, die Geld haben.

Kunz lehrt an der

# Warum tut das niemand?

Die Anwalts- und Gerichtskosten sind sehr hoch. Man müsste Multimillionär sein. Wie damals Martin Ebner, der gegen die alte SBG kämpfte, koste es, was es wolle. Also bleibt der Fall UBS ohne eine



o schön wie Roman Polanski (76) möchte man es jetzt haben! Während es gestern im Flachland bei minus 6 Grad grau blieb, schmolz in Gstaad BE unter der Sonne der Schnee wieder weg.

Im Berner Oberländer Promi-Ort steht der Starregisseur seit dem 4. Dezember in seinem Luxus-Chalet unter Hausarrest. Und erholt sich von seiner fast 2½-monatigen Haft im Bezirksgefängnis Winterthur. Weil er 1977 Sex mit einer Minderjährigen hatte, soll er in die USA ausgeliefert werden.

Zwar muss Polanski jetzt eine elektronische Fussfessel tragen, aber auf seinem Anwesen in Gstaad darf er im Garten nochweisse Weihdraussen die Sonne geniessen. nachten für Ein Privileg.

fest im Griff. Mit Dauerfrost. Die Nacht auf gestern war bisher die kälteste - in Samedan GR wurden minus 24 Grad gemessen. Und es soll weiter eisig bleiben. Die Hochnebeldecke hält sich hartnäckig unterhalb 1200 bis 1500 Metern. Darüber scheint auch heute die Sonne. Bis es am Freitag erneut ein wenig schneit. Vielleicht gibts ja doch



Krise ihren Job verlieren». Während Ospel seine «ergaunerten Millionen-Boni» behalten dürfe, müssten alle Schweizer seine Zeche mit einer Rentenkürzung bezahlen. Seine Partei verlangt jetzt eine Gesetzesänderung. Wenigstens in Zukunft soll die Beihilfe zum Steuerbetrug gegenüber ausländischen Staaten auch bei uns strafbar sein.

Auch bei bürgerlichen Finanzpolitikern stösst der Entscheid sauer auf. Hannes Germann (SVP) hat zwar Verständnis dafür, dass die Bank lieber vorwärtsschauen wolle, «aber ein bitterböser Geschmack bleibt zurück». Für das Volk sei der Entscheid «erschütternd».

Auch Fast-Bundesrat und Wirtschaftsanwalt Christian Lüscher (FDP) ist enttäuscht: «Die **UBS macht einen Fehler.** Sie hätte zivilrechtlich gegen das alte Management vorgehen und sie zwingen müssen, die gigantischen Boni zurückzugeben.»



irgendwelche Konsequenzen tragen müssen. Noch erschreckender finde ich, dass sich nichts verändert. Weder die Banken, die Manager noch die Behörden haben etwas gelernt. Man möchte weitermachen wie bisher.

### Swissair und jetzt UBS: Müsste man die Gesetze verschärfen?

Unbedingt. Das fordere ich seit Jahren für das Zivilrecht. Hier sind die Politiker gefragt. Zum Beispiel müsste man Verantwortlichkeitsklagen erleichtern, leichter zur Kasse bitten kann. Interview: Daniel Meier

# Der Fall

**Zürich** – Das UBS-Debakel gilt als grösster Wirtschaftsskandal seit dem Untergang der Swissair. Angefangen hat es vor über zwei Jahren mit dem ersten Milliarden-Abschreiber. Die Bank hat sich mit Ramsch-Hypotheken auf dem US-Immomarkt verspekuliert. Weitere Verluste folgten – insgesamt **über** 45 Milliarden Franken! Im Oktober 2008 musste der Staat die UBS mit 6 Milliarden Steuergeld retten. Die Nationalbank nahm der Bank Giftpapiere für 60 Milliarden ab. Gleichzeitig verschärfte sich der Steuerstreit mit den USA, weil die US-Behörden beweisen konnten, dass die UBS Tausenden von reichen Amis beim Steuerbetrug geholfen hat. Die Bank musste 780 Millionen Dollar Busse zahlen und 4450 Kundendaten herausrücken.



Die Akte Ospel/Kurer

**UBS** 



# & WIRTSCHAFT

# Tiefere Quote bei den Arbeitslosen erwartet

**Bern** – Die Arbeitslosigkeit soll nächstes Jahr weniger drastisch ausfallen, als befürchtet. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) rechnet mit einer Arbeitslosenquote von 4,9 Prozent. Bisher lag die Prognose bei 5,2 Prozent. Auch beim Wirtschaftswachstum hat das Seco die Prognose korrigiert: Statt einem Wachstum um 0,4 Prozent wird jetzt ein Plus von 0,7 Prozent erwartet.

# Italien jubelt über Schwarzgeld

Rom - Gestern ist die Steueramnestie in Italien zu Ende gegangen. Insgesamt seien dadurch 110 Milliarden Euro Schwarzgeld zurück nach Italien geflossen und legalisiert worden. Ein Grossteil davon aus der Schweiz. Im Tessin heisst es, die italienische Amnestie habe «spürbare Schäden» auf dem Finanzplatz hinterlassen.

## Industriefirmen leiden weiter unter der Krise

Neuenburg – Die Produktion in den Schweizer Industriefirmen ist im dritten Ouartal dieses Jahres abermals deutlich gesunken: Im Vergleich mit dem Vorjahr um 6,7 Prozent. Die Umsätze gingen gar um 8,4 Prozent zurück. Immerhin: Der Rückgang verlangsamt sich: Im letzten Quartal betrug das Minus bei der Produktion noch 14,3 Prozent, beim Umsatz 13,2 Prozent.

## **Letzte US-Grossbank** zahlt Staatsgeld zurück

New York - 25 Milliarden Dollar zahlt die US-Grossbank Wells Fargo dem Staat zurück. Kurz zuvor hatte bereits die Citigroup angekündigt, ihre Staatshilfe in der Höhe von 20 Milliarden abzustossen. Damit geht nun keine der grossen US-Banken mehr an staatlichen Krücken. Insgesamt wurden in den USA die Banken mit 245 Milliarden Dollar gestützt. Davon sind 185 Milliarden wieder zurückbezahlt.

# Streikdrohung bei **British Airways**

London – Das Kabinenpersonal von British Airways will über die Weihnachtszeit in den Streik treten. Das würde die Fluggesellschaft in ein Chaos stürzen. Die Fluggesellschaft versucht deshalb, den Streik jetzt per gerichtlicher Verfügung zu verhindern.

# **Minarett-Verbot:** Beschwerde eingereicht

**Strassburg** – Das Bauverbot für Minarette in der Schweiz kommt vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Der frühere Sprecher der Genfer Moschee, Hafid Ouardiri, deponierte gestern in Strassburg eine Beschwerde, da das Verbot gegen die Religionsfreiheit und das Diskriminierungsverbot verstosse.

# **Zahl des Tages**

Prozent

Mit dieser Lohnerhöhung können Schweizer Arbeitnehmer laut Travail Suisse im nächsten Jahr rechnen. «Äusserst bescheiden», kritisiert die Gewerkschaft.

# **Nach Rausschmiss** von Michel Kunz



# BLICK erklärt die Béglé-Post

Nach dem Rauswurf von Postchef Michel Kunz hat Präsident Claude Béglé das Sagen.

Von Henry Habegger

estern um 9 Uhr in der Berner «Schönburg», Zentrale der Schweizerischen Post. Claude Béglé (60) und Jürg Bucher (62) treten vor die Medien, um den Rauswurf von Postchef Michel Kunz zu erklären, der nur ein paar Monate im Amt war. Der wuchtige Waadtländer Béglé auf der einen Seite, der schmächtige Berner Bucher auf der anderen.

Das Bild hat Symbolwert. Béglé ist jetzt Herr im Hause Post. Er hat als Konzernchef einen Mann unter sich, den er selbst auswählte. Kunz dagegen war ihm nie genehm, der wurde ihm vom damaligen Verwaltungsrat aufs Auge gedrückt. Doch seit dort vor Kurzem zwei Mitglieder ausgewechselt wurden, hat Béglé die Mehrheit hinter sich. Bremsen kann ihn jetzt nur der Bundesrat und Post-Minister Moritz Leuenberger.

Den Rausschmiss von Kunz begründete der begnadete Netz-



Kommt er klar mit Power-Béglé? Der neue Postchef Jürg Bucher.

Stimme gleichsam als notwendigen Eingriff im Interesse der Post. «Es war nichts Persönliches», sagte Béglé, «Michel» sei ein «hervorragender Typ». Aber: «Wir brauchen einen Chef mit der gleichen Vision.»

Die Vision von Béglé (und auch Bucher) ist die Post als «moderner Mischkonzern» mit Teilgesellschaften, die viel eigenen Spielraum haben. Da gibt es nicht nur die klassische Briefpost, deren Volumen dieses Jahr wieder um 5 Prozent sank, sondern das Forcieren etwa der elektronischen Post und Vorstösse werker Béglé mit samtweicher ins internationale Geschäft. Mit diesem Wachstum in anderen Geschäftsfeldern sollen die Einbussen im traditionellen Geschäft kompensiert werden. Es werde auch weiter Kostensenkungen geben, sagten Bucher und Béglé, betonten aber, dass das sozialverträglich passieren werde.

Die Post von Kunz dagegen, so wurde es gestern vor den Medien dargestellt, war ein «Monolith» und eher aufs herkömmliche Geschäft konzentriert. Kunz habe die Umsatzrückgänge vorab mit Kostenreduktionen wettmachen wollen.

Hat die Béglé-Post Erfolg, oder fährt er den gelben Riesen an die Wand? Mitentscheidend dürfte sein, wie gut sich Präsident und Konzernchef vertragen, ob sich der erfolgreiche bisherige Postfinance-Chef Bucher gegen Power-Béglé behaupten kann. Bucher sagte gestern kämpferisch: «Ich bin jemand, der zu seiner Meinung steht und seine Meinung auch sagt.»

Sicher ist, dass Béglé den Konzernchef jetzt sehr viel direkter an die Leine nehmen darf. Dank dem neuen Organisationreglement, das «sein» Verwaltungsrat soeben beschlossen hat. So werde er sich künftig «mindestens» alle zwei Wochen mit Bucher zu einer halbtägigen Sitzung treffen, sagte Béglé.

# Post-Verwaltungsratspräsident Claude Béglé « Bucher hat die nötige Glaubwürdigkeit »

chef vorgeschlagen?

Claude Béglé: Ja, das war mein Vorschlag.

### Warum? Als es um die Wahl von Michel Kunz ging, wollten Sie angeblich einen Externen holen?

Das stimmt. Aber in der heutigen Situation war es besser, einen Kenner der Post zu wählen. Jemanden, der innerhalb der Post glaubwürdig ist. Es hätte sonst zu viele Änderungen gegeben. Und Jürg Bucher hat die nötige Glaubwürdigkeit: Beim Personal, bei der Konzernleitung, und auch in der Bundesstadt.

### Mit Kunz waren Sie von Anfang an nicht einverstanden. Sie sollen intern rasch mal gesagt haben: «Er muss weg».

Das war nichts Persönliches. Michel Kunz ist eine hervorragende Persönlichkeit, ein sehr guter

### Man hat Ihnen vorgeworfen, dass Sie Kunz' Rolle als operativer Chef nicht respektiert haben?

Man hat sogar gesagt, ich wolle das Doppelmandat Präsident und Konzernchef. Das wollte ich nie! Nie!

Aber Sie sind doch der Typ, der mitreden und Einfluss neh-

Claude Béglé, haben Sie Das ist wahr. Aber wir haben ei- de liegen, ob sie gut sind oder eine starke Konzernleitung. Es ist gut, dass beide stark sind!

Gab es Druck vom zuständigen Departement von Bundesrat Moritz Leuenberger auf personelle Ände-

rungen? Nein. Es gab keinen Druck vom Departement.

Aber Sie haben sich abgesprochen mit dem Departement? Ich habe das Departement natürlich informiert. Ich kann im Verwaltungsrat so etwas nicht tun, ohne dass das Departement davon weiss. Aber, und das ist sehr wichtig: Solche

Entschei-

wortung und in der Kompetenz des Verwaltungsrats. Das Departement war einverstanden, fand es eine gute Lösung?

